

## Börse

SMI	9390.59	+0.01%
SPI	11140.68	+5.25%
Dow Jones Ind.	25625.59	-0.13%

Euro in Franken	1.1194	-0.11%
Dollar in Franken	0.9957	+0.12%
Euro in Dollar	1.1245	-0.22%
GB-Pfund in Franken	1.3194	+0.50%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	67.80	-0.35%
Gold (Unze) in Dollar	41912.00	-0.29%
Silber (Unze) in Dollar	15.32	-0.79%

## Roche schliesst Fabrik

440 Mitarbeiter betroffen

**Rio de Janeiro/Basel.** Der Schweizer Pharmakonzern Roche will seine Produktion im brasilianischen Rio de Janeiro schliessen. Die Medikamentenfabrik soll in den nächsten fünf Jahren dicht gemacht und das Grundstück danach verkauft werden, teilte die Firma mit. Das im Gebiet von Jacarepaga gelegene Werk stellt unter anderem Beruhigungs- und Schlafmittel für Lateinamerika und Europa her. Es beschäftigt derzeit 440 Mitarbeiter von Roche sowie rund 200 Auftragnehmer. Das Werk im grössten Land Lateinamerikas ist den Angaben zufolge nicht mehr rentabel.

«Angesichts des sich entwickelnden Produktportfolios und der künftig geringeren Produktionsmengen hat Roche die schwierige Entscheidung getroffen, den Ausstieg aus dem Betrieb am Produktionsstandort in Rio de Janeiro zu planen», schrieb das Basler Unternehmen. Die Mitarbeitenden vor Ort will Roche in den kommenden Jahren «bestmöglich unterstützen». Entlassungen sollen im kommenden Jahr beginnen. Zugleich sollen Patienten bis zur Schliessung des Standorts zuverlässig mit den Produkten versorgt werden. An den Standorten in den brasilianischen Bundesstaaten Sao Paulo und Goias will Roche festhalten. Der Konzern beschäftigt in Brasilien insgesamt gegen 1300 Personen. Die Medikamente für den Markt im südamerikanischen Land sollen künftig importiert werden. Roche besitzt laut eigenen Angaben weltweit rund 20 Produktionsstandorte in einem Dutzend Länder.

### Weiterer Schlag

Roche's Ankündigung ist ein weiterer Schlag für die schleppende brasilianische Wirtschaft. Mehrere Grossunternehmen äusserten sich jüngst besorgt über die Zukunftsaussichten ohne Anzeichen auf Erholung im Land, in dem Anfang Jahr der ultrarechte Präsident Jair Bolsonaro das Amt angetreten und eine wirtschaftliche Öffnung versprochen hat. Beobachter sind aber skeptisch, ob Bolsonaro tatsächlich Mehrheiten für tiefgreifende Reformen wie beispielsweise im Rentensystem organisieren kann.

Am Dienstag gab die Fluggesellschaft Avianca Brasil, die im Dezember Konkurs angemeldet hatte, die Schliessung von 21 ihrer Strecken im April und die Schliessung ihres Büros am internationalen Flughafen von Rio bekannt. Im Februar kündigte der Automobilhersteller Ford die Schliessung seines Lastwagen-Werks bei Sao Paulo mit mehr als 3200 Mitarbeitern an. Die Behörden versuchen, einen Käufer für die Anlage zu finden, sind aber bisher gescheitert. SDA

## Nachrichten

### Kader vieler Firmen immer noch männlich

**Zürich.** Diversity und Frauenförderung schreiben sich viele Unternehmen auf die Fahne, doch im Alltag sagen immer noch Männer, wo es langgeht. Das zeigt eine Analyse der «Handelszeitung» auf Basis der Handelsregisterinträge von Schweizer Unternehmen. Zu den Extrembeispielen gehören die Freiburger Kantonalbank und die Swisscom (Schweiz) AG, die rund 95 Prozent aller Handelsregistervollmachten an Männer vergeben. SDA

# Nestlé und CS zählen Voten im Haus

Bei der Auswertung der schriftlichen Stimmen ist Novartis kein Einzelfall

Von Holger Alich

**Zürich.** Er ist eine zentrale Figur in der Aktionärsdemokratie. Bis vor Kurzem interessierte er jedoch niemanden. Die Rede ist vom unabhängigen Stimmrechtsvertreter. Nun enthüllte das SRF-Magazin «Rundschau», dass bei Novartis schriftliche Voten nicht an den Stimmrechtsvertreter Andreas Zahn gehen, sondern direkt zum Konzern, wo sie sodann geöffnet und auch ausgewertet werden.

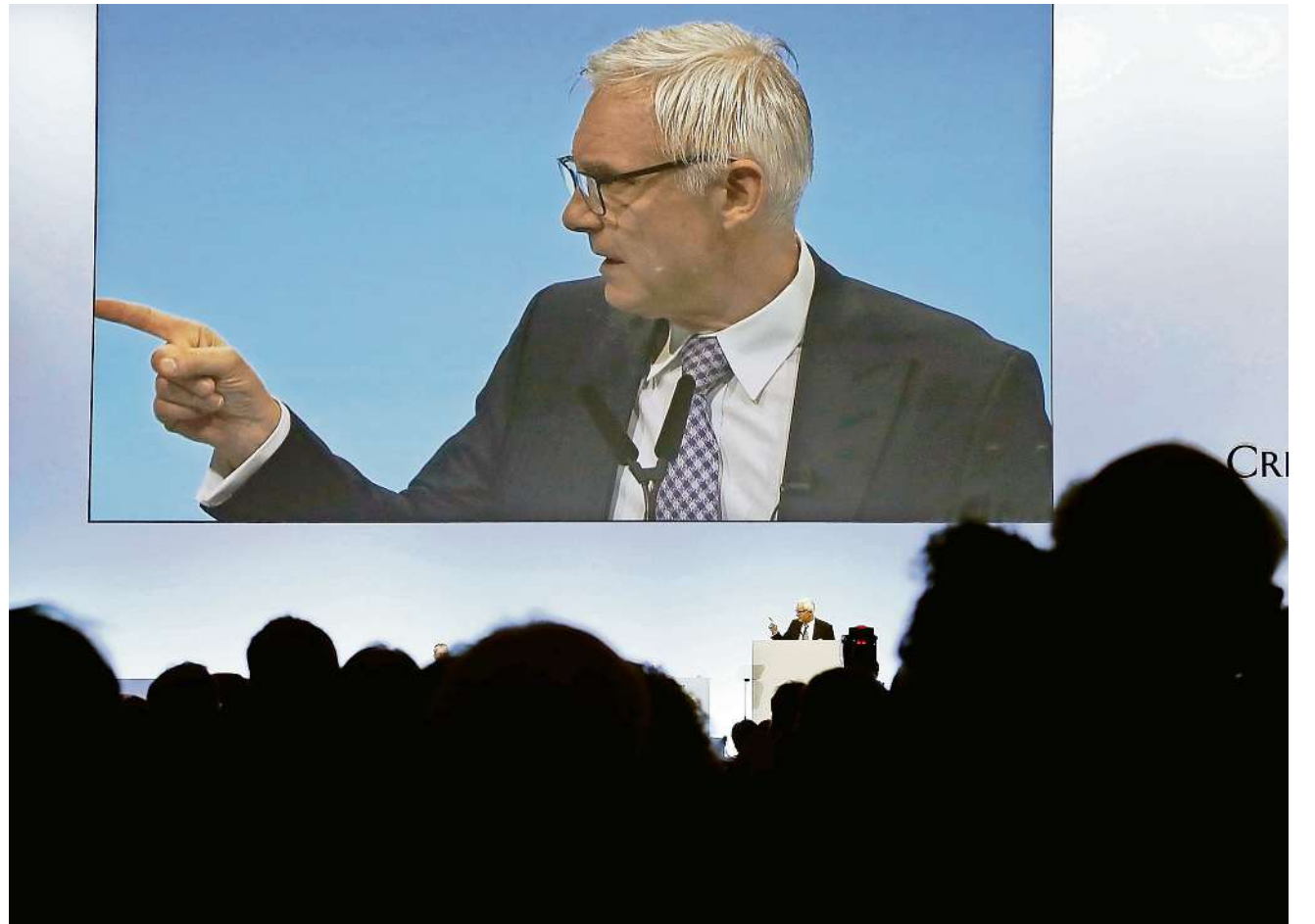
Recherchen dieser Zeitung zeigen: Novartis ist in dieser Hinsicht kein Einzelfall. Auch bei der Credit Suisse und bei Nestlé findet die Auswertung der schriftlichen Voten der Aktionäre an den Stimmrechtsvertreter nicht in dessen Räumlichkeiten statt, sondern bei den beiden Konzernen, bestätigen Sprecher von Credit Suisse und Nestlé. «Die Credit Suisse verarbeitet alle Instruktionen gemäss geltendem Gesetz. Anderslautende Vorwürfe sind falsch», teilt die Grossbank per Mail mit.

Laut Angaben von Nestlé würden wie bei Novartis die Briefe, die an den Stimmrechtsvertreter adressiert sind, in ein Nestlé-Gebäude in Cham weitergeleitet, wo sie von Temporärmitarbeitern unter Aufsicht des Stimmrechtsvertreters ausgezählt würden. Bei Credit Suisse würden die mit der Auszählung betrauten Mitarbeiter zur Vertraulichkeit verpflichtet und stünden unter der Aufsicht des Stimmrechtsvertreters, heisst es.

### Bisher keine klaren Regeln

Die Praxis ist legal, aber umstritten. Andere befragte Konzerne und ihrer Stimmrechtsvertreter bei ABB, UBS, Julius Bär, Roche, Zurich, Swiss Life, Swiss Re und Lafarge-Holcim erklärten, dass die Auszählung nicht in den Konzern-Räumlichkeiten stattfindet und von externen Kräften geleistet würde. Es gibt bisher keine klaren Regeln, wie der Stimmrechtsvertreter vorzugehen hat. Juristen verweisen zudem darauf, dass es – anders als bei Parlamentswahlen – in der Schweiz kein Recht auf Stimmgeheimnis für Aktionäre gebe.

«Eine vom Konzern getrennte Auswertung der Voten ist zwingend nötig», sagt dagegen die Wirtschaftsjuristin Monika Roth. «Denn eine Auswertung der Stimmen im Konzern dürfte Mitarbeiter-Aktionäre davon abhalten, Voten gegen die eigene Konzernführung



Gängige Praxis. Verwaltungsratspräsident Urs Rohner an der Generalversammlung der Credit Suisse. Foto Reuters

abzugeben», führt sie aus. Man stelle sich vor, dass ein Konzernmitarbeiter beim Auszählen der Stimmen erkennt, dass sein Kollege gegen die Wiederwahl der Verwaltungsratspräsidenten und gegen die Vergütung gestimmt hat. Und mit dieser Information zu seinen Vorgesetzten läuft. Es ist vermutlich nicht einmal nötig, dass so etwas je einmal vorgekommen ist. Allein die Möglichkeit dazu dürfte abschreckend wirken. Juristin Roth überzeugt die Argumentation, dass die interne Votenauswertung legal sei, nicht.

In dem Falle müssten sich die Konzerne nicht wundern, wenn der Gesetzgeber die Regulierungsschraube weiter anziehen würde, meint sie. Auch Christophe Volonté vom Aktionärsberater Inrate sagt: «Der Prozess der Stimmentauswertung ist zu intransparent, die Aktionäre wissen zu wenig darüber.»

Juristin Roth bemängelt ferner, dass Stimmrechtsvertreter den Verwaltungsrat vorab über die Abstimmungs-

tendenzen informieren. Das hat der Stimmrechtsvertreter der Novartis, Peter Zahn, gegenüber der «Rundschau» erklärt. Ein von dieser Zeitung befragter Stimmrechtsvertreter, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will, bestätigt, dass auch hier Novartis kein Einzelfall sei.

Eine Trendmeldung wenige Tage vor der Generalversammlung pro Traktandum sei bei vielen Gesellschaften üblich. Vertreter von Grosskonzernen räumen diese Praxis ebenfalls hinter vorgehaltener Hand ein. Eine Vorabmeldung durch den Stimmrechtsvertreter ist immer möglich, egal, wo die Stimmen ausgewertet werden.

### Kurz vor der Generalversammlung

Dieser Info-Vorsprung des Verwaltungsrats öffnet aber die Möglichkeit, Voten noch zu beeinflussen versuchen. So stimmen die grossen Fonds in der Regel kurz vor der Generalversammlung ab. «Wenn Stimmrechtsver-

treter dem Verwaltungsrat auch noch vorab eine Tendenz-Meldung der Voten abgeben, so ist dies der Beleg, dass sie nicht unabhängig im Sinne des Gesetzes sind. Das könnte Grund für Anfechtungsklagen sein», meint Roth. Inrate-Experte Christophe Volonté verweist zudem darauf, dass die Stimmrechtsvertreter durch die Umsetzung der «Abzocker-Initiative» noch wichtiger geworden sind.

Denn dadurch wurde das Organ- und Depotstimmrecht abgeschafft. Wenn Aktionäre nicht an die Generalversammlung kommen können oder wollen, bleibt ihnen nämlich lediglich der Weg über den Stimmrechtsvertreter, wenn sie ihr Recht auf das Abstimmen wahrnehmen wollen. Die Wahl der unabhängigen Stimmrechtsvertreter findet in der Regel erst am Ende eines Aktionärstreffens statt und hat bis dato kein grosses Interesse geweckt. Zumindest das dürfte nun anders werden.

## Gedämpfte Wirtschaftsprognosen

Das Wachstum der Schweizer Wirtschaft hat sich dieses Jahr verlangsamt

**Zürich.** Die Anzeichen verdichten sich, dass die Schweizer Wirtschaft im laufenden Jahr relativ langsam wachsen wird. Für 2020 sieht es etwas besser aus. Doch sicher ist das keineswegs. Nun senkt auch die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum in der Schweiz. Nachdem die Ökonomen der Hochschule im letzten Dezember für 2019 noch +1,6 Prozent vorhergesagt, gehen sie jetzt nur noch von +1,0 Prozent aus, wie sie am Mittwoch mitteilen. Zum Vergleich: In den letzten beiden Jahren betrug das Wachstum +2,5 (2018) und +1,6 Prozent (2017).

Zuvor hatten schon andere Institute ihre Vorhersagen für 2019 zurückgenommen, zum Beispiel die Ökonomen des Bundes. Hingegen blieb die Schweizerische Nationalbank vergangene Woche bei ihrer – wenn auch vergleichsweise vagen – Prognose von «rund 1,5 Prozent».

### Positive Impulse fehlen

«Der Wind bläst uns ins Gesicht», begründete KOF-Direktor Jan-Egbert Sturm seine negativere Einschätzung. Die Schweizer Wirtschaft kämpfe mit schwierigen Rahmenbedingungen. Die Stichworte dazu: Brexit, Handelsstreit, konjunkturelle Abkühlung in China und im Euroraum. «Positive Impulse aus dem Ausland sind im Moment nicht vorhanden», so Sturm. So geht die KOF

nun für 2019 von einem deutlich tieferen Exportwachstum (+1,5%) aus und rechnet bei den Investitionen der Unternehmen sogar mit einer Stagnation. «Wenn die Unternehmen nicht wissen, wohin die Reise geht, sind sie etwas vorsichtiger», so Sturm. Wenige Impulse seien auch vom Konsum zu erwarten, hiess es weiter.

Denn die schwache Reallohnentwicklung setze sich im laufenden Jahr fort. Real – also um die Teuerung bereinigt – gebe es 2019 wohl nur ein Lohnwachstum von 0,4 Prozent. Und auch auf dem Arbeitsmarkt hätten sich die Aussichten «merklich eingetrübt», wobei die KOF aber nicht von einem Anstieg der Arbeitslosenquote ausgeht. Für das nächste Jahr sieht es auf den ersten Blick deutlich besser aus. Die ETH-Ökonomen erwarten ein BIP-Wachstum von 2,1 Prozent und sind damit auch im Vergleich zu anderen Prognostikern optimistisch.

Begründet wurde dies primär mit der Hoffnung, dass sich die politische Grosswetterlage im Verlauf des Jahres beruhigt. Im zweiten Halbjahr sei mit anziehenden Exporten zu rechnen, was 2020 anhalten sollte. In der Folge würden die Unternehmen auch wieder mehr investieren.

Positiv sei in diesem Zusammenhang, dass sich der Franken wegen der relativ tiefen Inflation in der Schweiz zum Euro stetig abwerte, hiess es weiter. «Wir haben heute eine bessere

Währungssituation als vor Aufhebung des Mindestkurses», so Sturm. Dies hilft der Exportwirtschaft. Von einem «Boom» im Jahr 2020 wollte KOF-Direktor Sturm trotzdem nicht sprechen. Er erinnerte daran, dass Sportgrossanlässe wie Olympische Spiele und Fussball-Weltmeisterschaften die Schweizer BIP-Zahlen verzerrten. Dies ist eine Folge davon, dass gewichtige Sportverbände ihren Sitz in der Schweiz haben und deren Grossanlässe in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einfließen.

### Beträchtliche Unsicherheiten

Bereinigt um diesen «Sporteffekt» geht die KOF für das Olympia- und Fussball-WM-Jahr 2020 nun lediglich von einem Wachstum von 1,8 Prozent aus. Für das laufende Jahr sähe es mit einem Plus von 1,3 Prozent hingegen etwas besser aus.

Sturm betonte zudem, dass sämtliche Prognosen momentan mit beträchtlichen Unsicherheiten behaftet seien. «Es kann alles schlimmer kommen, als wir befürchten», räumte er ein. «Aber es kann auch besser kommen», fügte er an. So enthalte die Prognose für 2020 immerhin eine «gewisse Normalisierung», aber keinesfalls eine positive Überraschung, so Sturm. «Vielleicht kommt es bei den Gesprächen zwischen China und den USA zu einer Einigung, welche die nächste Globalisierungswelle auslöst.» SDA

## Stromer fertigt in der Schweiz

Vorher wurde in Taiwan gefertigt

**Oberwangen.** Das Berner E-Bike-Unternehmen Stromer verlagert die Fertigung von Asien ganz in die Schweiz: «Ab Ende April wird die Montage all unserer Modelle in Oberwangen stattfinden», sagte Stromer-Chef Jakob Luksch in einem Interview mit der «Handelszeitung». Zwar lägen die Arbeitskosten in Taiwan mit 15 Franken pro Stunde tiefer als jene in der Schweiz, wo man mit 35 Franken kalkuliere. «Aber die Fertigung macht nur zehn Prozent der Kosten unserer E-Bikes aus. Viel wichtiger ist es, dass wir in der Schweiz näher am Markt sind, keine Zeitverschiebungsprobleme haben und Modellspezifikationen kurzfristiger ändern und anpassen können», sagte er.

Die Verlagerung sei zusammen mit dem direkten Zugriff auf die E-Bike-Komponenten der Hauptgrund für das Erreichen von schwarzen Zahlen 2018 gewesen, sagte er. Damit hat das Unternehmen erstmals seit der Gründung im 2009 die Verlustzone verlassen. Das sei kein Strohhalm gewesen, sagte Luksch: «Stromer ist auf dem Weg zu einer nachhaltigen Profitabilität.» Am Standort in Oberwangen beschäftigt Stromer 80 Personen, davon 25 in der Fertigung. «Im Laufe des Turnarounds mussten wir zehn Stellen abbauen. Aber am Output hat dies nichts geändert. In unserem Campus haben wir eine Kapazität von 60 E-Bikes pro Tag, also ein Stromer alle 15 Minuten», sagte Luksch. SDA